

## Der gewählte Abgeordnete bleibt einfacher Parteigenosse

Im beschlossenen Leitantrag des Chemnitzer Parteitags heißt es: “Wir machen unsere politische Arbeit aus Überzeugung. Wir arbeiten in Parlamenten, um mit Herzblut etwas in der Welt zu verändern.” Abgeordnete unserer Partei sind im Parlament, um unser Programm und unsere Beschlüsse durchzusetzen, nicht um eigene Ziele zu verfolgen oder sich selbst zu bereichern. Die materiellen Interessen von Parlamentarier\*innen der Linkspartei müssen sich mit denen der arbeitenden Klasse decken, für die sie kämpfen. Deshalb beschließen wir mit sofortiger Wirkung:

1. Landtags- und Bundestagsabgeordnete der Linken Schleswig-Holstein begrenzen ihr Gesamteinkommen auf ein durchschnittliches Facharbeiter\*innengehalt von maximal 2850€ netto (kann an zukünftige Gehaltsentwicklungen angepasst werden). Die Abgaben, die über die bestehenden Mandatsabgaben hinausgehen, gehen in einen Sozialfonds. Wegfall von staatlichen Leistungen sowie Mehrausgaben, beispielsweise für die Pflege Familienangehöriger und KiTa-Kosten, für die das Gesamteinkommen vor der Deckelung die Berechnungsgrundlage ist, sowie Fahrt- und Bürokosten sind von der Deckelung ausgenommen. Weitere Härtefallausnahmen können beim Landesvorstand beantragt werden. Abgeordnete verzichten auf einen Dienstwagen. Gehaltsdeckelung ist notwendig, denn abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik.
2. Landtags- und Bundestagsabgeordnete der Linken Schleswig-Holstein begrenzen ihre Mandatszeit auf insgesamt zwei Wahlperioden. Denn wer zu viel Zeit im Plenarsaal verbringt, verliert den Bezug zu den Menschen, für die wir kämpfen.
3. Landtags- und Bundestagsabgeordnete räumen der Partei Mitspracherecht bei der Verfügung ihrer Ressourcen ein. Denn politische Organisation ist, was den Parlamentarismus von einem Werkzeug der herrschenden Klasse zu einem Werkzeug der Emanzipation macht.
4. Beschlüsse der Partei sind für unsere Abgeordneten bindend. Denn Parlamentarier\*innen dürfen nie von Dienenden zu Herrschenden werden.
5. Der Landesvorstand wird bis zum nächsten Landesparteitag beauftragt, ein Konzept für einen Sozialfonds vorzulegen. Insbesondere die LAG Die Linke Hilft Schleswig-Holstein wird in diesen Prozess eingebunden.

“Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisation der Menschen, um für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gemeinsam zu streiten.” - Leitantrag Chemnitzer Parteitag